

## Hannoversche Erklärung

Die Transformation der Energieversorgung ist eine historische Aufgabe. Die Herausforderung für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist mit dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg oder der Wiedervereinigung gleichzusetzen. Niedersachsen als wichtigstes Bundesland im Bereich der Erneuerbaren Energien nimmt hier eine herausragende Rolle ein. Zusätzlich wird gemeinsam mit dem Land Bremen die wichtigste deutsche Hafeninfrastruktur gestellt, die auch im internationalen Kontext eine herausragende Rolle einnimmt.

Um diese Herausforderung zu meistern, erwarten wir von den Spitzen der demokratischen Parteien, eine Nationale Energiestrategie für den Wirtschaftsstandort Deutschland zu erarbeiten. Diese Nationale Energiestrategie muss im Zuge der Transformation des Energiesystems Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz gewährleisten.

Nationale Energiestrategie bedeutet, dass über Wahlperioden hinaus langfristig die notwendigen Meilensteine definiert und mit einem Bekenntnis zum Industriestandort Deutschland verknüpft werden. Wirtschaftliche Zukunftsinvestitionen werden angereizt, um die Transformation des Energiesystems sozialverträglich mit einer erheblichen Wertschöpfungssteigerung gerade für die ländlichen Räume umzusetzen. Günstige Energiepreise werden die Industriestandorte in den Regionen erhalten und ermöglichen.

Teil dieser Energiestrategie muss ein konkreter und langfristig festgelegter Maßnahmenplan sein, der sich an der Erreichung der festgelegten Klimaziele orientiert. Die einzelnen Meilensteine müssen mit einem realistischen Zeitplan und ebensolchen Zielen versehen werden, die regelmäßig zu evaluieren und ggf. anzupassen sind. Dies setzt langfristig angelegte Finanzierung und Ausrichtung des Arbeitsmarktes voraus.

Die Finanzierung sollte über einen Investitionsrahmen sichergestellt werden, der etwa über staatliche Garantien oder die Bereitstellung von Eigenkapital zusätzliche private Investitionen auslöst. Strukturreformen im Steuerrecht können die Aktivierung von privaten Investitionen unterstützen. Darüber hinaus sollte die Arbeitsmarktpolitik im Zuge einer Fachkräfteinitiative die Ausbildung und Umschulung sowie qualifizierte und bedarfsorientierte Zuwanderung anreizen

Der Mehrwert der Transformation des Energiesystems für Wirtschaft und Bevölkerung muss spürbar werden und (finanziell) ankommen. Die Energiekosten müssen sinken, die Wertschöpfung in den Regionen erkennbar sein und die Wirtschaftskraft insgesamt steigen. Schon bei den Lieferketten müssen regionale Wertschöpfungsketten berücksichtigt werden, um insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) als Zulieferer für große Unternehmen zu etablieren.

Die Vorgaben auf allen rechtssetzenden Ebenen zur Transformation zur CO<sub>2</sub>-freien

Gesellschaft und aller dafür notwendigen Maßnahmen sowie zum Ausbau der Erneuerbaren Energien müssen auf der Ebene der Planungsträger und Genehmigungsbehörden rechtsfest und zeitgerecht umgesetzt werden. Vor dem Hintergrund des sich zuspitzenden Fachkräftemangels ist es daher zwingend erforderlich, notwendige Arbeitsprozesse den ständig veränderten Vorgaben anzupassen, diese soweit möglich zu digitalisieren, Künstliche Intelligenz einzusetzen und Systeme zum Wissensmanagement und zur Weiterbildung zu implementieren.

Entscheidungsprozesse müssen durch zukunftsste, wertschätzende, motivierende Arbeitskulturen und schlanke Hierarchien optimiert und beschleunigt werden. Schnelle Entscheidungsprozesse sind naturgemäß auch fehlerbehaftet. Notwendig ist daher eine neue Fehlerkultur, wo Fehler in einem lernenden System mit Augenmaß ausgeglichen werden.

Diese grundsätzliche Einschätzung vorausgeschickt empfehlen wir der Landesregierung sich für die Umsetzung folgender konkreter Maßnahmen einer Nationalen Energiestrategie einzusetzen:

1. Das zukünftige Strommarktdesign wird flexibler als bisher sein. Flexibilitäten müssen in der Wirtschaft angereizt werden, dürfen aber nicht zu einer Belastung des Produktionsstandortes Deutschland werden.
2. Erneuerbare Energien müssen mit Blick auf die Infrastruktur systemisch und flexibel gedacht werden. So muss die Ausweisung von Wind- und Solarflächen versorgungsorientiert gemeinsam mit Netzanschlüssen und Abnahmestrukturen geplant und durch steuerbare Energien wie Biomasse, Geothermie sowie Wasserkraft unterstützt und systemdienlich integriert werden. Grundsätzlich sollten allen, auch den bereits bestehenden Erneuerbare Energien - Anlagen Anreize für eine flexible und systemdienliche Fahrweise ermöglicht werden. Kraft-Wärme-Kopplung wird in einem transformierten Energiesystem von großem systemischem Nutzen sein. Entsprechende gesetzliche Grundlagen, die auch den Netzausbau anreizen, müssen geschaffen werden.
3. Deutschland wird trotz groß angelegtem Stromnetzausbaus neben Strom weiterhin auch (grüne) Gase benötigen; Elektronen und Moleküle sowie deren Infrastruktur müssen zusammengedacht werden und sich ergänzen. Die Auslastung des Stromnetzes muss durch intelligente Steuerung weiter optimiert werden. Das Stromnetz muss mit Speichertechnologien (Batterie, Elektrolyse) und mit dem Gasnetz verbunden werden. Gleichzeitig stellt die Gasinfrastruktur die größte Option zur Speicherung und Verteilung von Energie in Deutschland dar, mit großem Potenzial zur Weiterentwicklung. Dabei ist klar, dass nicht nur ein Wasserstoffkernnetz notwendig ist, sondern zur Wettbewerbsfähigkeit der

Industrie, aber auch der mittelständischen Betriebe eine Umwidmung von Gasverteilnetzen in Wasserstoffverteilnetze unabdingbar ist.

4. Die geplante Leistungssteigerung im Offshore Windausbau, bedarf eines weiteren Ausbaus der Hafeninfrastruktur in Niedersachsen und Bremen, der zügig genehmigt und vom Bund finanziell flankiert werden muss. Zusätzlich muss die Wasserstoffherstellung- und Lagerung auf See bei gleichzeitiger Lieferung von Strom ermöglicht werden.
5. Die Zielerreichung und die Bezahlbarkeit der Transformation wird durch den Fachkräftemangel bedroht. Deshalb muss der Begegnung des Fachkräftemangels intensiv entgegengewirkt werden.
6. Eine Nationale Energiestrategie muss folgende miteinander verzahnte Maßnahmen bearbeiten:
  - Integrierter Energieinfrastrukturausbau: Strom-, Gas-, Wasserstoffkern- und Wasserstoffverteilnetz,
  - Kraftwerksstrategie
  - Speicherstrategie
  - Wärmeplanung
  - Lade- und Tankinfrastruktur für klimafreundliche Antriebssysteme
  - CCS und CCU
  - Nationale Energiereserve

Die unterzeichnenden Verbände und ihre Mitglieder stehen mit der Fachkompetenz ihrer Mitglieder für eine konstruktive Mitwirkung zur Verfügung.

Hannover, 21.11.2024



## **Statements der Unterzeichner:**

### **BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. Landesgruppe Norddeutschland**

Statement Dr. Torsten Birkholz, Geschäftsführer der BDEW-Landesgruppe Norddeutschland: „Betreiber von Erneuerbarer Energien-Anlagen und Netzbetreiber setzen sich gemeinsam für systemische Energieversorgungs-lösungen ein und gehen hier mit viel Innovationskraft und Motivation voran, um unser Land klimaneutral zu machen und gleichzeitig Versorgungssicherheit sowie bezahlbare Energiepreise im Blick zu behalten. Das muss durch pragmatische und schnelle politische Entscheidungen und Verwaltungsprozesse flankiert werden, die Anreize für Investitionen und langfristige Planungssicherheit schaffen.“

### **Initiative EE Industrie**

Prof. Dr. Kai Gent, Rechtsanwalt, RITTER GENT COLLEGEN: „Industrie und EE-Branche sind bereit, die Energiewende gemeinsam voranzubringen. Sie brauchen aber verlässliche Rahmenbedingungen!“

### **Landesverband Erneuerbare Energien Niedersachsen-Bremen**

### **Unternehmerverbände Niedersachsen e.V. (UVN)**

### **VKU Verband kommunaler Unternehmen e.V., Landesgruppe Niedersachsen/Bremen**

### **WAB e.V.**